

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/135

18. Juli 1972

Dietrich Rollmann und die Rauschmittel

Notwendige Anmerkungen zu einer Oppositions-
Aktion

Von Dr. Rolf Meinecke MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Kulturpolitik
der SPD-Fraktion

Seite 1 und 2 / 72 Zeilen

Bedenkliche Wahlkampfpolemik

Kiep-Fragen gefährdeten Entwicklungshelfer

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 606 946 / 606 647/
806 646 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Dietrich Rollmann und die Rauschmittel

Notwendige Anmerkungen zu einer Opposition-Aktion

Von Dr. Rolf Meinecke MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Kulturpolitik der SPD-Fraktion

Am 9. und 20. Juni 1972 kündigte der CDU-Abg. Dietrich ("Didi") Rollmann publizitätsbewußt in der Presse an, daß die Fraktion der CDU/CSU auf seine Initiative hin eine "Große Anfrage" zum Rauschmittel- und Drogenmißbrauch im Deutschen Bundestag einbringen werde. Seine vorab gegebene Begründung bestand dabei meist aus falschen Fakten und Darstellungen und nicht zu verwirklichenden Forderungen.

Um zu verhindern, daß der Abg. Rollmann und seine Fraktion bei der Beantwortung der Großen Anfrage im Deutschen Bundestag eine etwas peinliche Korrektur ihrer falschen Behauptungen erfahren würden, hatte der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Käte Strobel, am 23. Juni 1972 einen fairen, offenen Brief an MdB Rollmann gerichtet, ihn darin in vielen Punkten eines besseren belehrt und darauf hingewiesen, daß es nicht ohne gefährliche Auswirkungen bliebe, wenn man derart falsche Darstellungen in der Öffentlichkeit abgäbe.

Abg. Rollmann hat darauf anscheinend etwas Bedenkzeit in Anspruch genommen, doch wahrscheinlich nicht genug, denn am 11. Juli 1972 kündigte er dann auf einer Pressekonferenz endgültig die Große Anfrage an, in der nach wie vor unsachliche Fragen und Forderungen vorgetragen werden:

1/ Seine Behauptung, daß die Steigerungsrate in der Nachfrage nach "Stoff" unvermindert anhalte, ist mehr als fragwürdig, denn, wie auch MdB Rollmann von amtlicher Seite hätte erfahren können, ist der "Handelsmarkt" enger geworden bzw. stagniert, weil Polizei und Zoll inzwischen besser zusammenarbeiten und Erfolge erzielt haben.

2/ Wie in seiner vorab gegebenen Presseerklärung spricht der Abg. Rollmann auch jetzt wieder von "60.000 Jungrentnern unter

30 Jahren", die infolge Rauschmittel- und Drogensucht arbeitsunfähig geworden seien. Das ist schlicht falsch in mehrfacher Hinsicht: Die Jugendlichen haben, wie Frau Strobel bereits erklärte, keinen Rentenanspruch erworben und beziehen demzufolge auch keine Rente. Kein Arbeitnehmer in der BRD muß aus seiner Rentenversicherungsabgabe die Jugendlichen finanziell unterstützen. Die Zahl "60.000" ist endlich nicht belegt, sondern bezieht sich auf eine Aussage bzw. Schätzung von Frau Dr. Süllwold.

3/ MdB Rollmann fordert einen mit umfangreichen Kompetenzen ausgestatteten Regierungsbeauftragten oder Staatskommissar für Rauschmittel- und Drogenprobleme; auf seiner Pressekonferenz setzte er dieses in Zusammenhang mit dem Bundesbeauftragten für den Zivilen Ersatzdienst. Dies erweckt doch falsche Illusionen in der Öffentlichkeit. Eine derartige Kompetenzzumessung ist schlicht unmöglich. Ein "Bundesbeauftragter" kann schließlich keine gesellschaftlichen Symptome statistisch erfassen, um richtlinienmäßig abweichendes Verhalten von Jugendlichen zu regulieren. Im übrigen bedarf es dazu keiner Großen Anfrage, sondern einer Grundgesetzänderung.

MdB Rollmann als Politiker einer Oppositionsfraktion, die versucht, möglichst genau arithmetisch-politisch zu handeln, sich dabei aber meistens verrechnet, übersieht zudem, daß strafrechtliche Maßnahmen (Betäubungsmittelgesetz), aber auch Aufklärung und Vorbeugung usw. (Aktionsprogramm der Bundesregierung) lange Zeiträume benötigen, ehe sie sich als voll wirksam erweisen und damit auch statistisch beweisbar werden.

Vielleicht aber braucht MdB Rollmann vor den Wahlen ein wenig mehr Publizität. Das wäre noch verständlich! Nicht verständlich allerdings ist, daß zurzeit jede für die Gesellschaft kritische, peinliche oder gar unerträgliche Situation nach primitiven Kausalitätsbedürfnissen denjenigen in die Schuhe geschoben wird, die sich ständig bemühen und bereits begonnen haben, diese Situation zu ändern, und daß diejenigen, die die gleiche politische Verantwortung, wenn nicht - auf die Vergangenheit und ihre damalige Rolle bezogen - gar mehr, für die Entstehungsursachen zu tragen haben, sich philisterhaft an die Brust schlagen mit der Behauptung, sie selbst würden alles grundlegend anders und damit besser und perfekter machen.

(-/sab/18.7.1972/ogy)

+ + +

Bedenkliche Wahlkampfpolemik

Kiep-Fragen gefährdeten Entwicklungshelfer

Leicht schiefgehen kann, was sich CDU-Politiker, während sie auf der Ostsee segeln, als Wahlkampfmunition gegen die SPD ausdenken. Während drei deutsche Entwicklungshelfer in Bolivien inhaftiert waren, ging im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ein Fernschreiben des CDU-Schatzmeisters und Bundestagsabgeordneten Walther Leisler Kiep ein, in dem er fragte, ob es zutreffe, daß einer der Inhaftierten, der DED-Beauftragte in Bolivien, Gerd Merrem, zur Zeit "der größten Aktivität" des SDS in Berlin Vorsitzender des Berliner SDS gewesen sei und ob es zutreffe, daß Merrem den Rektor der Universität Santa Cruz außer Landes gebracht habe.

Nun ist Gerd Merrem tatsächlich nie SDS-Vorsitzender gewesen - weder in Berlin noch anderswo. Auch hat er sein Studium in Berlin bereits 1963 beendet, als der SDS noch ein ziemlich braver Diskutierklub war. Dies alles wäre nicht allzu schwerwiegend zu bewerten, da es sich um die mittlerweile bereits sattem bekannte Wahlkampfmasche der CDU handelt, die SPD als radikalistenfreundlich zu diffamieren.

Was die Frage Kieps mit der darin enthaltenen Unterstellung so gefährlich machte, war die Tatsache, daß ähnliche Vorwürfe - nämlich kommunistische Unterwanderung und subversive Tätigkeit - durch bolivianische Dienststellen geisterten, die für die Verhaftung Merrems verantwortlich zeichneten.

Der Versuch Kieps, die Verhaftung der DED-Helfer in Bo-

livien innenpolitisch für den Wahlkampf auszuschlachten, hätte dann ins Auge gehen können, wenn die Kiep'schen Fragen und die darin enthaltenen Unterstellungen den Bolivianern zu Ohren gekommen wären. Sie hätten eine runde Bestätigung ihrer Beschuldigungen aus deutschem Munde bekommen.

Glücklicherweise führten Erhard Epplers Bemühungen zur Freilassung der Inhaftierten, während im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit das Kiep-Fernschreiben durchtickerte.

Aber konnte es Kiep verantworten, durch seine Fragen, die er gleich auch noch an Presseagenturen und Zeitungen gab, die Freilassung von Merrem möglicherweise zu verzögern oder gar zu verhindern? Eppler stellte mit Recht fest: "Sollte sich Merrem wirklich über die generellen Anweisungen des Deutschen Entwicklungsdienstes hinweggesetzt haben, in dem er einem bedrängten Menschen half, so wäre die Entscheidung Merrems in dieser Konfliktsituation menschlich immer noch verständlicher als der Versuch der CDU-Opposition, daraus politisches Kapital zu schlagen."

Gegen Fragen hat niemand etwas. Aber wenn es Herrn Kiep nicht nur um Publizität, sondern tatsächlich um Antworten gegangen wäre, hätte er jederzeit vom Deutschen Entwicklungsdienst oder im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit informiert werden können.

(Peter Riek)

(~/sab/18.7.1972/bgy)

+ + +